

Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße
Garrelt Duin, MdB



Berlin, 25. Februar 2011

www.garreltduin.de

Ausgabe 2 / 2011 II

Lehre aus Hamburg: Soziales und Wirtschaft

Garrelt Duin: Nur mit der Klammer Soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftspolitik erreichen wir breite Mehrheiten

Die Hamburger haben gewählt: Sie schicken die Sozialdemokraten mit absoluter Mehrheit in die Bürgerschaft und wollen, dass Olaf Scholz ihr neuer 1. Bürgermeister wird. Das gibt der gesamten Partei neuen Schwung.

Es war natürlich eine Hamburger Wahl. Dennoch lassen sich daraus Lehren ziehen, die für die gesamte Partei gelten. Garrelt Duin, wirtschaftspolitischer Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion: „Wahlen gewinnt man in der Mitte, das hat Hamburg gezeigt.“ Aus dem Erfolg können wir „lernen, dass wir soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftspolitik gleichwertig behandeln“. Nur mit dieser Klammer „erreichen wir breite Mehrheiten“.

Für die SPD bedeutet das: Wirtschaftspolitik muss eine Schlüsselrolle spielen. Duin: „Wir müssen uns mehr Wirtschaftskompetenz erarbeiten. Sie muss für uns alle zur Herzensangelegenheit werden, und nicht nur Fachpolitiker beschäftigen.“

Olaf Scholz hat Soziales und Wirtschaft in wenigen Punkten herausgestellt: Kostenlose Kita-Plätze, Streichung der Studiengebühren, mehr Wohnungsbau,

Elbertiefung und konsequente Hafentpolitik.

Außerdem will er die Finanzen sanieren, ohne dabei über Steuererhöhungen zu reden. Er zeigt auf, wo er einsparen will. Noch eines hat er unmissverständlich gesagt: Mit der Linkspartei gibt es kein Bündnis. Nur so schafft man das nötige Vertrauen bei den Wählern der Mitte.

Die Wahlanalyse von Infratest-dimap gibt Scholz vollkommen Recht. Darin heißt es:

Wählerwanderung: Die SPD gewinnt insgesamt 64.000 neue Wähler von anderen Parteien, insbesondere von der CDU (+ 50.000), aber auch von den Grünen (+7.000), der FDP (+5.000) und der Linkspartei (+4.000). Unter Neu-Hamburger gab es ein Plus von 14.000. Einzig ans Nichtwählerlager verlor die SPD (-10.000).

Wahlentscheidende Themen: Die SPD überzeugte sowohl mit dem Thema Gerechtigkeit (35 %) wie mit Wirtschaft (32 %). An dritter Stelle bei den SPD-Wählern rangieren schul- und bildungspolitische Überlegungen (29 %). Für den Wechsel zur SPD war das wirtschafts- und sozialpolitische Profil gleichermaßen bedeutsam.

Themen-Kompetenz: Die SPD liegt in fast allen Kompetenzfeldern vor der CDU. Am stärksten wurde dies in der Wohnungspolitik (56 %) und soziale Gerechtigkeit 52 %, + 4) gemessen. Deutlich vor anderen Parteien liegt die SPD auch bei Familien/ Kinderbetreuung (48 %, +5), Arbeitsmarkt (47 %, +14) und

Wirtschaft (44 %, +20). Sie liegt auch bei der Problemlösungskompetenz mit 51 % (+20) deutlich vor der CDU (20 %, -20).

Spitzenkandidaten: Bei einer Direktwahl hätten 64 % für Scholz gestimmt, für Ahlhaus, CDU, lediglich 20 %. Auch gegen Ole von Beust hätte Scholz mit 53 % gewonnen.



Tee und andere ostfriesische Spezialitäten erhielt Olaf Scholz (l.) als Gast eines SPD-Bezirksparteitags 2009 in Emden aus der Hand von Garrelt Duin.

Hartz-IV-Kompromiss: Lieber den Spatz in der Hand

Hartz-IV-Kompromiss: Fortschritte für Arbeitnehmer, Arbeitslose, bedürftige Kinder und Kommunen / Regierung blockierte

Es hat sich gelohnt, dass die SPD sich in den Verhandlungen über Hartz IV nicht nur auf den reinen Regelsatz beschränkt hat. Deshalb können sich neben den direkt betroffenen Arbeitslosen auch Arbeitnehmer, bedürftige Kinder sowie Städte und Gemeinden über den Hartz-IV-Kompromiss freuen.

Für Arbeitnehmer: Wir haben Mindestlöhne von 7,80 Euro in der Zeitarbeit, im Sicherheitsgewerbe und in der Weiterbildungsbranche erreicht. Das ist kein Traumergebnis, aber CDU, CSU und FDP haben weitergehende Forderungen eiskalt blockiert.

Für Arbeitslose: Das Arbeitslosengeld II steigt ab 1. Januar 2011 um fünf Euro und am 1. Januar 2012 um weitere drei Euro. Dazu kommt die Anpassung an die Lohn- und Preisentwicklung.

Für Kinder: Eine halbe Million Kinder werden zusätzlich am Bildungspaket teilhaben. 3.000 zusätzliche Sozialarbeiter werden sich künftig um Kinder und Jugendliche an Schulen in sozialen Brennpunkten kümmern. Bedürftige Kinder erhalten ein kostenloses Mittagessen an Schulen und Horten. Für die Kommunen: Der

Bund übernimmt ohne Vorbedingungen schrittweise bis 2014 die Kosten für die Grundsicherung im Alter, als Art Sozialhilfe für Bezieher niedriger Renten. Die Kommunen werden dadurch ab 2014 um vier Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Zusätzlich übernimmt der Bund die tatsächlichen Kosten des Bildungspaketes und der Mittagessen der bedürftigen Kinder.

Keine Einigung gab es in diesem Punkt: CDU/CSU und FDP blockieren die Gleichbehandlung zwischen Stamm- und Leiharbeitern. Wir setzen uns weiterhin mit den Gewerkschaften für gleichen Lohn für gleiche Arbeit ein. Garrelt Duin: „Das ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Vernunft.“ Dieses Ziel wird im Mittelpunkt kommender politischer Auseinander-

setzungen mit der Regierung stehen.

DGB-Chef Michael Sommer erkennt die Bemühungen der SPD um Gleichbehandlung von Stamm- und Leih-Belegschaften ausdrücklich an. Er sagt jedoch realistisch, dass ein Vermittlungsausschuss das Wahlergebnis vom Herbst 2009 nicht zurückdrehen kann.



„Keine fruchtlosen Schaukämpfe, sondern bessere Ergebnisse liefern - das war unsere Linie beim Kompromiss zur Neugestaltung der Grundsicherung.“ Frank-Walter Steinmeier (l.) ist zufrieden mit dem Einsatz von Kurt Beck.

Die SPD hat die Verhandlungen in enger und guter Zusammenarbeit mit den Grünen geführt. Am Ende haben die Grünen dem Kompromiss nicht zugestimmt.

Das bedauert die SPD. Die Grünen halten den Kompromiss für nicht verfassungsgemäß. Auch die SPD hatte dazu bis zuletzt offene Fragen.

Unter dem Strich gaben die jetzt durchgesetzten Verbesserungen den Ausschlag, dass die SPD dem Kompromiss zustimmte.

Ein Kompromiss kann nie das Gewünschte sein. Trotz aller Kritik hat sich der Einsatz der SPD am Ende gelohnt - im Interesse des schwächeren Teils unserer Gesellschaft. Garrelt Duin: „Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.“

Thema verkannt

Seltene Erden: Bundesregierung lässt Zügel schleifen

Die Bundesregierung verkennt die Bedeutung der Seltenen Erden für die technologische Entwicklung des Landes. Seltene Erden gehören zu den Schlüsselrohstoffen, ohne die weder Handys, Computer noch Windrad-Generatoren funktionieren. In

einer Sitzung des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Technologie ging der Parl. Staatssekretär Otto, FDP, das Thema sehr defensiv an. Garrelt Duin, Obmann der SPD: „Seltene Erden verlangen eine gestaltende Rolle der Regierung.“

Schreiend ungerecht

Riesige Unterschiede zwischen Stamm- und Leiharbeitern

Neun von zehn Leiharbeitern arbeiten Vollzeit - das ist ein höherer Anteil als bei „normalen“ Arbeitnehmern (acht von zehn). Trotzdem erhalten sie im Schnitt deutlich weniger Lohn: Vollzeitarbeitnehmer verdienen 2.805 Euro, während Leiharbei-

ter nur auf 1.456 Euro im Schnitt kommen. Die Gründe: 1. Leiharbeit geschieht häufig im Niedriglohnbereich; 2. Leiharbeiter erhalten selten gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Garrelt Duin: „Alle Arbeitnehmer müssen gleichbehandelt werden.“

Demografischer Wandel: Weniger - älter- bunter

Müntefering: Die alternde Gesellschaft braucht eine sozialdemokratische Antwort / Warnung vor marktradikalen Lösungen



Franz Müntefering referiert vor SPD-Bundestagsabgeordneten zum Demografischen Wandel. Er ist Beauftragter der Fraktion zu diesem Thema. Garrelt Duin leitete die Versammlung.

Die alternde Gesellschaft, Fachbegriff Demografischer Wandel, wird eines der beherrschenden Themen der nächsten Jahrzehnte. Alle sind davon betroffen: Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Nicht zufällig gab Garrelt Duin mit dem Demografischen Wandel im vorigen Herbst den Startschuss für die „Zukunftsgespräche“ in Ostfriesland. Prominentester Redner in Wiesmoor war damals Franz Müntefering, Beauftragter der SPD-Bundestagsfraktion für dieses Thema.

Jetzt diskutierte er in Berlin mit SPD-Abgeordneten, was auf unser Land zukommt, weil die Menschen immer älter werden und gleichzeitig bedeutend weniger Kinder zur Welt kommen. „Weniger-älter-bunter.“ Dieser Dreiklang wird spätestens ab 2020 unsere Gesellschaft bestimmen, sagt Müntefering.

Die SPD will darauf vorbereitet sein und in allen Wahlkreisen mit den Menschen ins Gespräch kommen. Außerdem bereitet sie Konferenzen mit Kommunalpolitikern vor. „Ohne die Kommunen werden wir den Wandel

nicht schaffen“, ist sich Müntefering sicher. Patentrezepte könne es nicht geben, weil der demografische Wandel sich auf dem Lande, in Mittelstädten und in Großstädten völlig unterschiedlich auswirken werde. Großstädte werden wachsen, Mittelstädte stagnieren und Dörfer schrumpfen. „Berlin und Ihlow lassen sich nicht miteinander vergleichen. Deshalb brauchen wir dafür völlig verschiedene Antworten“, ist der SPD-Politiker überzeugt.

Er appellierte an die Sozialdemokratie, das Thema Demografischer Wandel ernsthaft anzupacken und zu bestimmen: „Die alternde Gesellschaft braucht sozialdemokratische, aber keine marktradikalen Antworten.“ Bildung für alle, anständige Löhne auch als Vorsorge gegen Altersarmut und stabile Sozialsysteme seien vorrangige Aufgaben. Müntefering geißelte „Pläne von Brüderle und Co“, zum Beispiel für alle eine niedrige Grundrente zu zahlen und alles weitere dem Einzelnen privat zu überlassen.

Als erstes Problem des Wandels zeichnet sich der Fachkräftemangel ab.

Tritt in die Kniekehle

Gutenberg und der Diebstahl geistigen Eigentums

Ein Betrugsfall sondergleichen hat das Parlament beschäftigt: Minister zu Gutenberg hat das geistige Eigentum anderer geklaut, um an einen Dokortitel zu kommen. Garrelt Duin: „Er muss wissen: Hier ruht die ganze Verantwortung auf ihm selbst.“

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) schreibt zu Gutenberg: „Auf 70 Prozent aller Seiten der Doktorarbeit finden sich Plagiate.(...) Selbst in Abschnitten mit reiner Sachinformation fand der Autor dafür keine eigenen Worte, sondern ließ sich die

Formulierungen aus Seminararbeiten unter ‚hausarbeiten.de‘ aus, um sie als die seinen auszugeben. So etwas ist kein ‚Fehler‘. (...) Der Bundestagsabgeordnete Lauterbach (SPD) hat es richtig gesagt: Man kann das Prüfen an Universitäten einstellen, wenn das Argument, es gebe Wichtigeres, Schule macht.“ Die FAZ kommentiert weiter: „Ein solches Argument ist dazu geeignet, dem Rechtsstaat in die Kniekehlen zu treten. (...) Denn nicht die juristische Qualität der Arbeit, sondern die Ehrlichkeit ihres Verfassers steht in Frage.“

Steuerbetrüger bestrafen

SPD: Selbstanzeige darf nicht länger vor Strafe schützen

Steuerhinterziehung ist eine Straftat. Nach geltendem Recht verzichtet der deutsche Staat allerdings auf eine Bestrafung - wenn der Täter dem Finanzamt nachträglich von sich aus seine Straftat anzeigt und die verkürzten Steuern nachzahlt.

Garrelt Duin: „Es hat sich aber gezeigt, dass diese Regelung letztlich nur den Täter vor Strafe schützt, die Steuerhinterziehung jedoch nicht eindämmt.“ Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem die strafbefreiende

Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung nicht mehr vorgesehen ist. Außerdem soll die Bundesregierung die inländische und grenzüberschreitende Steuerhinterziehung stärker bekämpfen.

Die Regierungskoalition ist in der Frage zerstritten. Die SPD meint, dass die strafbefreiende Selbstanzeige das Rechtsempfinden der ehrlichen Bürger zunehmend verletzt - zumal selbst langjährige Steuerbetrüger bei Selbstanzeige einer Strafe entgehen. Duin: „Die lachen sich doch schief über das geltende Gesetz.“

Aus Ostfriesland in die Hauptstadt



Eine informative und gesellige viertägige Reise nach Berlin unternahmen 50 Frauen und Männer aus Ostfriesland. Garrelt Duin hatte dazu eingeladen. Hier treffen sie sich zum Gruppenfoto unter der Glaskuppel des Reichstags. Auf dem Programm standen neben der obligatorischen Stadtrundfahrt ein Informationsgespräch im Verteidigungsministerium, eine Führung durch das Centrum Judaicum (Stiftung Neue Synagoge Berlin) sowie Besuche des Museums für Film und Fernsehen und der Erlebnisausstellung „The Story of Berlin“. Ein Höhepunkt war der Besuch einer Plenarsitzung des Bundestags, der sich eine Diskussion mit Garrelt Duin anschloss.

Guttenbergs falsche Reform-Rechnung

Ex-Wehrbeauftragter Reinhold Robbe sieht große Probleme für die Bundeswehr

Der frühere Wehrbeauftragte des Bundestags, Reinhold Robbe aus Bunde, hat erhebliche Zweifel daran, dass die Reform der Bundeswehr wie geplant über die Bühne geht. In einem Interview mit n-tv kritisiert er auch die faktische Abschaffung der Wehrpflicht. Mit der Verringerung der Wehrpflicht von neun auf sechs Monate war eine vernünftige Ausbildung nicht mehr möglich gewesen. Robbe: „Der letzte Sargnagel für die Wehrpflicht.“

Frage von n-tv: „Befürchten Sie, dass wir bei einer Unterschichten-Armee landen?“ Antwort Robbe: „Wenn nicht bald vorzeigbare Lösungen auf den Tisch kommen, dann ist gar nichts ausgeschlossen. Der schnelle Umstieg auf die Berufsarmee hat schon jetzt dazu geführt, dass nicht mehr ausreichend Personal rekrutiert werden kann. Diejenigen, die für die Planung verantwortlich

sind, haben sich ganz offensichtlich verkalkuliert. Das fällt auch auf den Minister zurück.“

Robbe begründet dies damit, dass die angepeilte Reduzierung auf 185.000 Soldaten nicht erreichbar sein werde. Vor allem bei den Mannschaftsdiensgraden sieht er große Probleme. Die Armee müsse den Soldaten eine vernünftige Perspektive bieten. Der Sold müsse stimmen, aber Attraktivität bedeute auch ein gutes Angebot an Krippen und Kindergärten.

Für ein „Riesenproblem“ hält Robbe die mangelnde Akzeptanz der Soldaten. Gerade die künftige Berufsarmee mit ihrem oft schweren und lebensgefährlichen Dienst sei auf die Akzeptanz der übrigen Bevölkerung angewiesen.

Ursprünglich war die Bundeswehrreform dazu gedacht, Geld

zu sparen. Dies hält Robbe nach 10, 15 Jahren für möglich. Aber zunächst müsse viel Geld zusätzlich in die Hand genommen werden. Robbe: „Die Bundeswehr ist seit Jahrzehnten unterfinanziert.“

Robbe wirft Verteidigungsminister zu Guttenberg, CSU, einen „großen Fehler“ vor: „Zunächst hatte er gesagt, wir müssen die Bundeswehr reformieren, um Geld zu sparen. Damit hat er seine Parteifreunde geködert.“

Er habe die Reform mit einer „populistischen Begründung angepackt“. „Wenn er gesagt hätte, wir machen eine Reform, aber für fünf bis zehn Jahre brauche ich jedes Jahr eine Milliarde zusätzlich, wäre er sicher vor die Wand gelaufen. Er hat versucht, die Reform mit einem politischen Klimmzug durchzukriegen. Ich sehe nicht, dass seine Rechnung aufgeht.“

Spruch der Woche

„Die Lüge ist ministrabel geworden.“

Kommentar von Stefan Kuzmany in Spiegel-Online zur Dokortitel-Affäre des Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 - 70145
Fax: 030 - 227 - 76445
garrelt.duin@bundestag.de
www.garreltduin.de